

Redet mit allen, immer und überall

Die neuen Sprech- und Kontaktverbote
sind ein Angriff auf die Demokratie.

Philipp Gut

Es herrscht Alarmstufe Dunkelrot: Die «Grundfesten der Demokratie» seien in Gefahr, liest man, als müsste man um den Fortbestand der Schweiz und der abendländischen Zivilisation zittern. In allen Titeln, in allen Formaten wird gewarnt. Seit Wochen beherrscht das Thema die Schlagzeilen der grossen Medienhäuser des Landes, von der NZZ und Ringier über Tamedia und CHMedia bis zum gebührenfinanzierten Schweizer Radio und Fernsehen (SRF), das wiederholt zu bester Sendezeit darüber berichtete.

Was ist geschehen, was ist passiert? Hat, wie Udo Lindenberg und Apache 207 singen, ein Komet zweimal eingeschlagen? Plant der Chef der Schweizer Armee einen Putsch gegen den Bundesrat? Wurde das Bundesgericht in Lausanne in Brand gesteckt?

Heimtückische Gedankenübertragung

Nein, nichts dergleichen, nicht ansatzweise. Der Grund der Erregung und der apokalyptischen Szenarien ist – allen Ernstes – dieser: Eine SVP-Jungpolitikerin und Jurastudentin aus dem Baselbiet, die bis vor ein paar Wochen nur Insider kannten, hat früher einmal (einmal!) einen Vortrag des österreichischen Migrationskritikers Martin Sellner gehört, der eine «Remigration» befürwortet. Seither fordern Medien und Politiker aller Parteien, teilweise sogar der SVP, die Jungpolitikerin und ihre Kollegen im Parteivorstand müssten sich «distanzieren», «abgrenzen», Asche aufs Haupt streuen und zu Kreuze kriechen.

Das Phänomen heisst «Kontaktschuld»; es ist, aus Sicht seiner Verfechter, ein untolerierbarer und durch nichts zu rechtfertigender Verstoß gegen die guten politischen Sitten und scheinbar etwas vom Schlimmsten, was man heutzutage tun kann. Nicht mal ein Massenmörder bekommt so viel mediale Aufmerksamkeit wie jene Jungpolitikerin. Oder um bei der Politik zu bleiben: mit Notrecht regieren, die Verfassung verletzen, Volksinitiativen nicht umsetzen und fremde Richter einsetzen? Das kümmert die Medien im Vergleich zur seitenfüllenden Kontaktschuld-Saga offenbar nur peripher.

Natürlich ist das, wenn man den konkreten Fall betrachtet, possenhaft lächerlich: Eine politisch engagierte junge Frau soll die Uralt-Demokratie, die Solid- und Granit-Demokratie der Schweiz gefährden, bloss weil sie sich politisch interessiert und informiert und die Ansichten eines anderen anhört? Das ist Realsatire. Die spinnen, die Schweizer. *Seldwyla forever!*

Doch weil es eben nicht aus dem überzeichnenden Fantasiereich der Satire stammt, wo es zweifellos hingehörte, sondern ganz und gar und durch und durch real ist, also den aktuellen Geisteszustand der grossen Mehrheit der Schweizer Journalisten und wohl auch Politiker widerspiegelt – sogar SVP-Parteikollegen fordern Distanz und Quarantäne und stellen Rücktrittsforderungen –, müssen wir uns doch etwas ernsthafter damit auseinandersetzen.

Denn was hier zum Ausdruck kommt und sich im Begriff der «Kontaktschuld» verdichtet, bedeutet ja: Gewisse Journalisten, Medien, Politiker definieren, wer wen trifft, wer mit wem spricht, wer wem zuhören, wer was sagen darf. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zum Beispiel darf eine massive Rückführungsoffensive fordern («Wir müssen endlich im grossen Stil abschieben»), aber wehe, wenn ein Martin Sellner dasselbe verlangt (auch wenn die Kriminalitätsrate von Ausländern, wie eben wieder, Rekordwerte erreicht). Es herrscht ein stillschweigender oder – wie in den letzten Tagen und Wochen – bisweilen auch sehr lauter Konsens darüber, wer überhaupt am öffentlichen und demokratischen Diskurs teilnehmen darf und wer nicht.



Verteidigung der Grundfesten der Demokratie.

Haben wir nicht im Staatskundeunterricht gelernt, dass in der Demokratie jeder frei seine Meinung äussern darf? Hat man uns nicht beigebracht, dass das politische System der Schweiz auf Teilhabe, auf Konsens, auf Kollegialität, auf dem ständigen, auch institutionell verankerten Austausch aller interessierten Akteure beruht? Haben wir da etwas verpeilt, haben wir da etwas falsch verstanden?

Item: Die Mentalität, die hinter solchen Forderungen und Ritualen des Distanzierens, des Reinwaschens und Säuberns von fremden Personen, fremden Ansichten und fremden Werten steht, ist völlig abwegig und in sich widersprüchlich. Das gilt natürlich für die Demokratie – und auch und erst recht für den Journalismus, der historisch gesehen Öffentlichkeit, den öffentlichen Austausch über Stände und Klassen hinweg, erst herzustellen half. Greifbar wird hier





eine Ideologisierung der politischen und publizistischen Debatte, die den Kern der offenen Gesellschaft ansäuert und ironischerweise das Gegenteil dessen bewirkt, was die Herolde einer «Kontaktschuld» im besten Fall – wir unterstellen ihnen nun mal gute Absichten – bezwecken wollen: Demokratie, öffentliche Diskussion und Journalismus werden so nicht gestärkt, sondern geschwächt. Ein Journalist, der «Kontaktschuld» predigt, sägt an der Kanzel, auf der er steht.

Ich bin selbst, und deshalb greife ich hier ausnahmsweise zur Ichform, in das Visier einer NZZ am Sonntag geraten, weil ich – o Schande – den bösen Buben Martin Sellner für die Weltwoche und für Hochz.tv interviewt hatte. Ob es denn keine «Grenzen» gebe, fragte mich die NZZ empört, mit wem ich als Journalist spreche. Meine Antwort: Ich rede lieber mit den Leuten als bloss

über sie. (Natürlich: Man kann auch über Leute vorreden und schreiben, ohne sie persönlich zu treffen, man kann nicht die ganze Welt treffen, aber dann sollte man sich zumindest bemühen, möglichst viel über sie in Erfahrung zu bringen, und nicht Storys nachweislich auf Falschmeldungen bauen, wie es etwa das deutsche «Recherchenetzwerk» Correctiv oder jüngst der Schweizer Sonntagsblick taten, als sie im Zusammenhang mit Sellner und den jeweils ach so Kontaktschuldigen von «Geheimtreffen», «Massendeportationen» und anderen unwahren Dingen fantasierten, die sie längst korrigieren mussten.)

Die Gegenfrage an die Grenzziehenden, Ausgrenzenden lautet: Wer, wenn nicht wir Journalisten, sollte mit allen reden? Ist es nicht eine journalistische Eigenschaft, vielleicht sogar Tugend, neugierig und offen zu sein? Und sollte man das nicht gerade auch mit jenen tun, die sonst nicht zu Wort kommen? Wenn alle auf dem Pausenplatz auf den dicken Jungen mit der Brille einprägen, sollen wir uns dann der Meute anschliessen? Oder sollten wir vielleicht auch seine Version der Geschichte anhören?

Um es direkter zu sagen: Die These, dass man sich schuldig mache, dass man sich durch irgendeine geheimnisvolle und heimtückische Gedankenübertragung anstecke, wenn man sich auch nur anhöre, was andere sagen, steht jeder Form einer aufgeklärten, liberalen Auseinandersetzung entgegen und etabliert im Grunde einen autoritär angehauchten Herrschaftsdiskurs nach dem Motto: «Wir sagen, mit wem du reden darfst.»

Platon, auf den Hund gekommen

Man könnte in diesem Zusammenhang fast von einem auf den Hund gekommenen Platonismus sprechen: Der griechische Philosoph Platon plädierte für eine Herrschaft der Auserlesenen, der Weisen, der Philosophenkönige – modern: der Experten und Technokraten –, weil nur sie wüssten, was wirklich gut und was böse ist.

Die Parallelen zu heute sind unübersehbar: In der Demokratie, schon gar nicht in der direkten Demokratie der Schweiz, ist keine Ansicht, keine Meinung richtiger oder wertvoller, weil sie von bestimmten Personen geäussert wird. Entscheidend ist der Wettbewerb der Ideen, das *trial and error*, oder wie es Karl Popper unter dem Eindruck des Totalitarismus im 20. Jahrhundert formuliert hat: die fortwährende Möglichkeit der Fehlerkorrektur durch Wahlen und Abstimmungen.

Von dieser Essenz des freien Redens, sei es nun im politischen oder im medialen Feld – wobei sich dies ja stets überlagert –, entfernen wir uns mit Konzepten wie «Kontaktschuld» oder «Cancel-Culture» und all den praktizierten Denk- und Sprechverboten im Zeitalter einer überbordenden politischen Korrektheit erstaunlicherweise immer mehr. Zu beobachten ist eine Art Dialektik der Aufklärung: Toleranz kippt in

Intoleranz. Ausgerechnet diejenigen, die vorgeben, die «Grundfesten» der Demokratie zu verteidigen, indem sie bestimmen wollen, wer mit wem spricht, wer wem zuhört, wer wessen Vorträge besucht oder Bücher liest, kratzen und bohren selbst eifrig an diesen demokratischen Fundamenten.

Man kennt solche Ausbremsmanöver aus der Geschichte, nur unter umgekehrten Vorzeichen: Es ist noch gar nicht so lange her, dass

Demokratie, öffentliche Diskussion und Journalismus werden so nicht gestärkt, sondern geschwächt.

Lehrer oder andere den Job verloren, wenn sie beim Einkaufen in der roten Buchhandlung Pinikus in Zürich erwischt wurden. «Moskau einfach!», lautete der Standardsatz, wenn jemand aus linker Warte Kritik am bürgerlichen Betonblock übte. In den USA war die McCarthy-Ära legendär, in der Jagd auf echte oder vermeintliche Kommunisten gemacht wurde. Das ging so weit, dass nun wirklich über allen Verdacht erhabene Exilautoren wie der grundbürgerliche Thomas Mann eines «premature anti-fascism», eines vorzeitigen, angeblich zu frühen Antifaschismus bezichtigt wurden, weil sie vor Hitler gewarnt hatten, bevor er die Stiefel auf einen setzte und die Gashähne aufdrehte.

Wollen wir wirklich wieder in solche Sphären abdriften? Wollen wir uns auf einen derart selbstgerechten Moralismus versteifen, dass nur schon die Tatsache, dass jemand jemand anders zuhört, als politisches Kapitalverbrechen geahndet wird, das mit Schandpfahl und Lossagung («*mea culpa, mea culpa, mea maxima culpa*») gesühnt werden muss?

Wohl lieber nicht. Die Gegenlösung hiesse: Redet mit allen, immer und überall!

dieSchweiz.ch

unabhängig
und kostenlos
inserieren